

Der Wahlkampf 2021 wird bestimmt in Erinnerung bleiben, da er inmitten der Corona-Krise stattfindet, was nicht ohne Folgen sein wird. Das Virus hat nämlich Auswirkungen auf die Unternehmen, das Bildungswesen und die gesamte Bevölkerung. Es hat sich in allen Bereichen des öffentlichen Lebens bemerkbar gemacht: von der Gesundheit über die Finanzen bis hin zum Sozialwesen.

Die gewählten Volksvertreter werden während den nächsten fünf Jahren alle Hände voll zu tun haben, um aus der Krise herauszufinden und gleichzeitig der Wirtschaft zu neuem Schwung zu verhelfen. Die Herausforderungen werden darin bestehen, die bislang getroffenen – grundsätzlich zufriedenstellenden Entscheidungen fortzuführen. Die Bundes- und Kantonalbehörden haben es in Abstimmung mit den Wirtschaftsvertretern nämlich verstanden, der gebeutelten Wirtschaft die nötige Unterstützung zukommen zu lassen. Damit konnten Massenentlassungen und reihenweise Konkurse weitgehend abgewendet werden. Entziehen wir also diesen Massnahmen nicht deren gesetzliche Grundlage und legen am 28. November 2021 ein beherztes Ja zur «Änderung vom 19. März 2021 des Covid-19-Gesetzes» in die Urne.

Darüber hinaus muss der künftige Gesetzesrahmen es den Unternehmen und der Gesellschaft ermöglichen, sich neu zu erfinden, um auf die neuen Herausforderungen zu reagieren, die sich im Zuge der Pandemie ergeben haben. Ein Beispiel dafür ist die Digitalisierung, die mit der breiten Einführung des Homeoffice während des ersten Teil-Lockdowns im März 2020 einen besonderen Schub erfahren hat. Die neu gewählten Vertreter werden sich zweifellos mit der wichtigen Frage zu befassen haben, wie das Arbeitsrecht flexibler gestaltet und an die neuen Bedürfnisse des Arbeitsmarktes angepasst werden kann.

DIE ÖKOLOGIE IM HINTERKOPF

Diese Wahlen werden von COVID-19 beeinflusst sein, aber nicht nur. Auch die Frage der Ökologie ist seit mehreren Monaten Teil der öffentlichen Diskussionen und ein Thema, das auch vom bürgerlichen Lager aufgegriffen wurde. Der Kanton Freiburg ist Vorreiter in diesem Bereich und hat im vergangenen September schweizweit das erste kantonale Klimagesetz vorgelegt. Ziel ist es, die Treibhausgasemissionen bis 2030 zu halbieren und bis 2050 Netto-Null-Emissionen zu erreichen. Die Freiburger Unternehmen leisten bereits heute zahlreiche

Beiträge im Bereich der Nachhaltigkeit. Sie überprüfen ihre Arbeitsabläufe und nutzen neue Modelle wie die Kreislaufwirtschaft und die Biowirtschaft. Vor diesem Hintergrund muss unbedingt vermieden werden, dass Unternehmen aus ideologischen Erwägungen heraus unter Druck gesetzt werden. Die notwendigen Anpassungen sollen unter Einbezug der vorhandenen technischen Möglichkeiten pragmatisch und im Einklang mit den Herausforderungen der Wirtschaft umgesetzt werden.

Diese Themen weisen auf eine komplexe und arbeitsreiche Zukunft für die neu gewählten Volksvertreter hin. Hierbei ist wichtig hervorzuheben, dass alle von den kantonalen Behörden angestrebten Veränderungen den Rahmenbedingungen und der Wettbewerbsfähigkeit der lokalen Wirtschaft Rechnung tragen müssen. Wobei der administrative Aufwand für die Freiburger KMU auf ein Minimum zu reduzieren ist.

Frau Isabelle Chassot hat mit ihrer deutlichen Wahl in den Ständerat den Weg zu einer bürgerlichen Politik vorgezeichnet. Es ist zu hoffen, dass es ihr die bürgerlichen Kandidatinnen und Kandidaten für den Grossrat, den Staatsrat und die Oberämter gleichtun werden. Dabei sind wir alle gefordert und aufgerufen, am 7. November 2021 die Kandidatinnen und Kandidaten zu wählen, die die KMU angemessen unterstützen und sich damit für unsere Arbeitsplätze und letztlich für unser aller Wohlstand einsetzen werden.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen eine inspirierende Lektüre der vorliegenden Info Patronale und einen schönen Herbst.